

Presseinformation

Pressereferat
Rathaus, Postfach 25 40, 21315 Lüneburg
Telefon: (0 41 31) 3 09-1 18 oder 3 09-1 17
Telefax: (0 41 31) 3 09-6 72
E-Mail: stadt@lueneburg.de
homepage: www.lueneburg.de

Lüneburg, 28.07.2009

Das Ergebnis des Kita-Streiks wird für Lüneburg teuer

(sp) **Lüneburg.** Mit einem lachenden und einem weinenden Auge kehrte Lüneburgs Oberbürgermeister Ulrich Mädge jetzt (Montag, 27. Juli) aus Frankfurt zurück. Als Vertreter des Arbeitgeberverbandes Niedersachsen hat er an einem Kompromiss im Kita-Tarifstreit mitverhandelt. „Einerseits bin ich froh, dass dieser rechtswidrige Streik endlich beendet ist und die Kinder in ihren Kitas wieder ohne Einschränkungen betreut werden. Andererseits sind die Kosten der Einigung ein harter Schlag ins städtische Kontor“, sagt Ulrich Mädge.

Auf die Stadt kommen nun Kosten von etwa 300.000 Euro mehr pro Jahr zu. Diese setzen sich zum Einen zusammen aus den gestiegenen Gehältern der etwa 200 städtischen Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Zum anderen wird auch der Betriebskostenzuschuss der Stadt an die freien Träger von Kindertagesstätten steigen, wenn diese ihre Gehälter dem neuen kommunalen Tarifvertrag anpassen.

„Diese 300.000 Euro sind bei unserer angespannten Haushaltslage eine hohe Belastung. Sie müssen im Etat an anderer Stelle ausgeglichen werden“, beschreibt Oberbürgermeister Mädge. Unter dem Deckmantel eines besseren Gesundheitsschutzes sei hier eine Gehaltserhöhung durchgesetzt worden.

Ein besserer Gesundheitsschutz, wie ihn der Tarifvertrag jetzt vorsieht, ist für die Erzieherinnen und Erzieher in Lüneburg praktisch kein Thema. „Der betriebsärztliche Dienst berät und betreut unsere Mitarbeiterinnen schon immer umfassend rund ums Thema Gesundheit am Arbeitsplatz“, erklärt Mädge. Vieles sei in Lüneburg schon jetzt selbstverständlich. Als Beispiele nennt er die Gruppengröße von nur 23 Kindern sowie zwei ausgebildete Erzieherinnen pro Gruppe. Auch die umfangreichen baulichen Verbesserungen in den Einrichtungen, allein in diesem Sommer für insgesamt 2,2 Millionen Euro, sind ein Beitrag zum Gesundheitsschutz.

„Wir brauchen aber nun auch die finanzielle Unterstützung von Bund und Land bei der Ausbildung und Qualifizierung der Erzieherinnen. Frau von der Leyen und Herr Müntefering haben bisher nur die Lippen gespitzt, jetzt müssen sie pfeifen“, sagt Mädge.

Zur Information:

In der Hansestadt Lüneburg gibt es aktuell 11 städtische Kindertagesstätten mit 1301 Betreuungsplätzen sowie 7 Stadtteilhäuser und vergleichbare Einrichtungen mit insgesamt rund 200 Beschäftigten. Außerdem stellen verschiedene freie Träger von der Kirche über Arbeiterwohlfahrt und Studentenwerk bis hin zur Lebenshilfe in 23 weiteren Kitas die Betreuung für 1421 Kinder in der Stadt sicher. Hier beteiligt sich die Hansestadt über Personalkostenzuschüsse an den laufenden Kosten. Der Tarif-Kompromiss wird sich also auch dort für die Stadt finanziell niederschlagen.